



Berlin-Brief Nr. 366

Neuigkeiten aus der Sitzungswoche
von Josip Juratovic MdB

15. November 2024



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

in der vergangenen Woche haben sich die Ereignisse überschlagen, nun geht es darum den Blick nach vorne zu richten.

Es ist gut, dass sich SPD und CDU/CSU als größte Fraktionen im Bundestag auf einen Zeitplan geeinigt haben. Der Kanzler stellt noch im Dezember die Vertrauensfrage, die Neuwahlen sollen am 23. Februar des kommenden Jahres stattfinden.

Bis zum Wahltermin wollen wir die Zeit nutzen, gemeinsam mit der demokratischen Opposition im Bundestag wichtige Vorhaben zu beschließen. Aus unserer Sicht gehören dazu etwa das Bundesverfassungsgericht resilienter machen, der Abbau der kalten Progression, die Erhöhung des Kindergeldes und die Verlängerung des Deutschlandtickets. Wir wollen unseren Wirtschaftsstandort stärken und Arbeitsplätze sichern. All diese Vorhaben müssen schnell auf den Weg gebracht und dürfen nicht aus parteitaktischen Gründen aufgeschoben werden.

Trotzdem war es richtig, vor drei Jahren die Ampel-Koalition einzugehen. Denn wir haben vieles auf den Weg gebracht: einen höheren Mindestlohn, mehr Wohngeld, das Deutschlandticket, das Sondervermögen Bundeswehr, den massiven Ausbau der erneuerbaren Energien, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz und die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts – all diese Vorhaben haben unser Land gerechter und nachhaltiger gemacht.

Die globalen Herausforderungen sind nicht einfacher geworden. Die Wahl von Donald Trump in den USA stellt die transatlantischen Beziehungen erneut auf den Prüfstand. Vor allem in der Sicherheits- und Handelspolitik kommt es nun darauf an, dass Deutschland und die EU mit einer Stimme sprechen und wichtige Reformen anstoßen. Wir müssen uns unabhängiger von den USA machen und zugleich versuchen, weiterhin gut mit ihnen zusammenzuarbeiten. Denn seit einigen Jahren erleben wir, dass unsere Werte immer stärker unter Druck geraten. Russlands Krieg gegen die Ukraine stellt eine ernsthafte Bedrohung für die regelbasierte internationale Ordnung dar, die wir in Europa nach dem Ende des Kalten Krieges aufgebaut haben. Klar ist: Deutschland wird mehr Verantwortung übernehmen müssen, auch um die Ukraine weiterhin zu unterstützen. Das ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch eine unserer eigenen Sicherheit.

Wir haben in den drei Jahren viel Gutes erreicht und das Leben der Menschen leichter und besser gemacht. Deshalb bin ich mehr als zuversichtlich, dass die Wählerinnen und Wähler sich nicht für ein Zurück in die 1990er Jahre entscheiden, sondern unseren Kurs für soziale, innere und äußere Sicherheit in unsicheren Zeiten weiter unterstützen.

Ihr / Euer



16.
NOV

SPD-Landesparteitag
Oberreinhalle, Offenburg

17.–
20.
NOV

EU-Delegationsreise
Belgrad, Serbien

25.–
29.
NOV

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag
Berlin, Bundestag

Bild der Woche



15. November

bundesweiter Vorlesetag



Impressum:

Josip Juratovic MdB – Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de

Du möchtest keinen Berlin Brief mehr erhalten?

[Klicken Sie hier um sich aus dem Verteiler abzumelden.](#)